

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	9
Abkürzungsverzeichnis .....	19
<b>1. Teil: Einleitung.....</b>	<b>23</b>
§ 1 Allgemeines zu Stimmbindungsvereinbarungen .....	23
§ 2 Gegenstand und Gang der Untersuchung.....	29
<b>2. Teil: Besteht im Gesellschaftsrecht ein generelles Verbot von Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen? .....</b>	<b>31</b>
§ 2 Übertragbarkeit des Ergebnisses auf Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen.....	51
§ 3 Folgerung .....	55
<b>3. Teil: Rechtslage bei der Aktiengesellschaft – § 136 Abs. 2 AktG .....</b>	<b>57</b>
§ 1 Der Tatbestand des § 136 Abs. 2 AktG.....	57
§ 2 Grad der Konkretisierung der Stimmbindung .....	59
§ 3 Anwendbarkeit des § 136 Abs. 2 AktG, wenn das aus der Stimmbin- dungsvereinbarung berechnete Organmitglied zugleich Aktionär ist.....	61
<b>4. Teil: Rechtslage bei der GmbH – § 136 Abs. 2 AktG analog? .....</b>	<b>75</b>
§ 1 Meinungsüberblick.....	75
§ 2 Stellungnahme.....	77
<b>5. Teil: Rechtslage beim Verein – § 136 Abs. 2 AktG analog? .....</b>	<b>109</b>
§ 1 Planwidrige Regelungslücke.....	109
§ 2 Vergleichbare Interessenlage .....	109
§ 3 Ergebnis .....	120
<b>6. Teil: Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband und Verbandsorganen bei Fremddorganschaft – eine unzulässige Drittbindung? .....</b>	<b>121</b>
§ 1 Einführung in die Problemstellung .....	121
§ 2 Trennung von Stimmrecht und Treuepflicht? .....	128
§ 3 Verstoß gegen die Satzungsautonomie?.....	134
§ 4 Verstoß gegen sonstige zwingende Kompetenzzuweisungen? .....	178

§ 5 Verstoß gegen das Abspaltungsverbot? .....	179
§ 6 Zusammenfassung .....	184
<b>7. Teil: Abreden über die Absicherung der Organstellung.....</b>	<b>187</b>
§ 1 Inhalt von Abreden über die Absicherung der Organstellung.....	187
§ 2 Gang der Prüfung .....	190
§ 3 Bestellungskompetenz der Verbandsmitglieder .....	190
§ 4 Bestellungskompetenz des Aufsichtsrats .....	202
<b>8. Teil: Zusammenfassung in Thesen .....</b>	<b>215</b>
§ 1 Zur grundsätzlichen Zulässigkeit von Stimmbindungs- vereinbarungen.....	215
§ 2 Zur Auslegung von § 136 Abs. 2 AktG im Aktienrecht .....	215
§ 3 Zur analogen Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG im Recht der GmbH .....	216
§ 4 Zur analogen Anwendung von § 136 Abs. 2 AktG im Vereinsrecht .....	219
§ 5 Zur Frage, ob Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen bei Fremddorganschaft eine unzulässige Drittbindung darstellen .....	219
§ 6 Zu Abreden über die Absicherung der Organstellung .....	221
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>223</b>

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	19
<b>1. Teil: Einleitung</b> .....	23
§ 1 Allgemeines zu Stimmbindungsvereinbarungen .....	23
A. Gegenstand der Arbeit; Begriffsklärungen .....	23
I. Stimmbindungsvereinbarung .....	23
II. Verband, Verbandsmitglied .....	24
III. Organ .....	24
B. Anwendungsbereich von Stimmbindungsvereinbarungen .....	25
I. Stimmbindungsvereinbarungen im Allgemeinen .....	25
II. Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband und Verbandsorganen .....	26
C. Rechtsnatur von Stimmbindungsvereinbarungen .....	27
D. Kündbarkeit von Stimmbindungsvereinbarungen .....	28
§ 2 Gegenstand und Gang der Untersuchung .....	29
<b>2. Teil: Besteht im Gesellschaftsrecht ein generelles Verbot von Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen?</b> .....	31
§ 1 Gründe für die Zulässigkeit von Stimmbindungsvereinbarungen zwischen Verbandsmitgliedern .....	31
A. Abstimmungsfreiheit .....	32
I. Freiheit von Bindungen .....	32
1. Anfängliches Verständnis in Deutschland .....	33
2. Früheres Verständnis in Frankreich .....	33
a) Überblick: Stimmbindungen in Frankreich im Wandel .....	33
b) Gründe für die Freiheit von Bindungen in Frankreich .....	34
(1) Stimmrecht als konstitutives Merkmal der Mitgliedschaft .....	34
(2) Stimmrecht als „droit-fonction“ / Verpflichtung auf das Verbandsinteresse .....	35
(a) Umdenken in Frankreich .....	36
(b) Übertragbarkeit auf Deutschland .....	36
(i) Berechtigung zur eigenen Interessenverfolgung als Bindungsvoraussetzung .....	36
(ii) Sind Verbandsmitglieder ausschließlich dem Verbandsinteresse verpflichtet? .....	38
(c) Zwischenergebnis .....	40

(3) Keine Vorwegnahme der Willensbildung.....	40
(a) Umdenken in Frankreich.....	40
(b) Übertragbarkeit auf Deutschland.....	41
(c) Zwischenergebnis .....	42
3. Ergebnis .....	42
II. Freiheit zu Bindungen.....	43
1. Grundsatz: Freiheit als Freiheit zu Bindungen.....	43
2. Ausnahme: Freiheit von Bindungen bei unverzichtbaren Freiheiten ..	44
a) Beispiel: Strafrechtliche Einwilligung / § 216 StGB.....	44
b) Beispiel: Menschenwürde .....	45
c) Beispiel: Kernbereich menschlicher Persönlichkeit.....	45
d) Beispiel: Politisches Wahlrecht .....	45
3. Einordnung der Abstimmungsfreiheit im Verband .....	46
a) Vergleich mit unverzichtbaren Freiheiten.....	46
b) Vergleich mit Eigentum .....	48
4. Ergebnis .....	49
B. Vertragsfreiheit.....	49
C. Mittelbare Anerkennung durch den Gesetzgeber.....	50
D. Praktisches Bedürfnis .....	50
E. Ergebnis.....	51
§ 2 Übertragbarkeit des Ergebnisses auf Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen.....	51
A. Abstimmungs- und Vertragsfreiheit.....	52
B. Mittelbare Anerkennung durch den Gesetzgeber.....	52
C. Praktisches Bedürfnis .....	54
D. Zusammenfassung .....	54
§ 3 Folgerung.....	55
<b>3. Teil: Rechtslage bei der Aktiengesellschaft – § 136 Abs. 2 AktG .....</b>	<b>57</b>
§ 1 Der Tatbestand des § 136 Abs. 2 AktG.....	57
A. Weisungen der Gesellschaft.....	57
B. Weisungen des Vorstandes oder des Aufsichtsrates .....	57
C. Abstimmungsvorschläge.....	58
D. Bindung an Weisungen einzelner Organmitglieder.....	58
E. Stimmbindungen gegenüber mittelbar Beteiligten.....	58
§ 2 Grad der Konkretisierung der Stimmbindung .....	59
A. Ansicht: § 136 Abs. 2 AktG umfasst auch inhaltlich bestimmte Stimmbindungen .....	59
B. Ansicht: § 136 Abs. 2 AktG umfasst nur inhaltlich unbestimmte Stimmbindungen .....	59

C. Stellungnahme .....	59
I. Wortlaut .....	60
II. Sinn und Zweck .....	60
D. Ergebnis .....	61
§ 3 Anwendbarkeit des § 136 Abs. 2 AktG, wenn das aus der Stimmbin-	
dungsvereinbarung berechnigte Organmitglied zugleich Aktionär ist.....	61
A. Nicht erfasste Konstellationen .....	62
B. Erfasste Konstellationen .....	63
C. Meinungsüberblick .....	63
I. Ansicht: Kapitalbeteiligung unbeachtlich .....	63
II. Ansicht: Kapitalbeteiligung beachtlich .....	63
III. Ansicht: Differenzierung nach Vertragszweck.....	64
D. Stellungnahme .....	64
I. Differenzierung nach Vertragszweck nicht praktikabel .....	64
II. Im Übrigen: Auslegung der Norm.....	64
1. Wortlaut .....	64
2. Sinn und Zweck.....	65
a) Beweggründe des Gesetzgebers.....	65
b) Sinn und Zweck nach Rechtsprechung und Literatur.....	65
E. Ergebnis.....	72
F. Unbeachtlichkeit bei Umgehung .....	72
<b>4. Teil: Rechtslage bei der GmbH – § 136 Abs. 2 AktG analog?</b> .....	75
§ 1 Meinungsüberblick.....	75
A. Keine analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG .....	75
B. Analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG wenigstens	
im Bereich zwingender Zuständigkeiten.....	75
C. Generelle analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG.....	76
D. Nichtigkeit von Stimmbindungen, welche die Kompetenzabgrenzung	
zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführern betreffen.....	76
E. Analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG nur bei	
organisatorischer Annäherung an AG.....	77
§ 2 Stellungnahme.....	77
A. Planwidrigkeit der Regelungslücke.....	77
B. Vergleichbare Interessenlage .....	78
I. Sinn und Zweck des § 136 Abs. 2 AktG.....	78
II. Schlussfolgerungen auf die zur Frage der analogen Anwendung	
im GmbH-Recht vertretenen Ansichten.....	78
1. Keine analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG .....	78

2. Analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG wenigstens im Bereich zwingender Zuständigkeiten.....	79
3. Generelle analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG .....	80
4. Nichtigkeit von Stimmbindungen, welche die Kompetenz- abgrenzung zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführern betreffen .....	81
5. Analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG nur bei organisatorischer Annäherung an AG .....	82
III. Eigener Ansatz .....	83
1. Gleiche Schutzbedürftigkeit .....	83
2. Gefahr der Störung des Kräfteverhältnisses? .....	84
3. Geltung von Stimmverboten im Rahmen von Stimmbindungsvereinbarungen .....	84
a) Allgemeine Wirkung von Stimmverboten im Rahmen von Stimmbindungsvereinbarungen .....	84
b) Wirkung von Stimmverboten bei Kollegialorganen.....	85
4. Rechtslage bei der nicht mitbestimmten GmbH.....	88
a) Entlastung der Geschäftsführer.....	88
b) Geltendmachung von Ersatzansprüchen .....	89
c) Prüfung und Überwachung.....	89
d) Abberufung aus wichtigem Grund.....	91
e) Ergebnis .....	92
5. Rechtslage bei der mitbestimmten GmbH.....	93
a) Auswirkungen von Stimmbindungsabreden zugunsten der Geschäftsführung auf ihre eigene Kontrolle.....	93
(1) Entlastung der Geschäftsführung .....	93
(2) Geltendmachung von Ersatzansprüchen.....	93
(a) Materielle Beschlussfassung .....	93
(b) Prozessuale Durchsetzung.....	93
(i) Bestellung besonderer Vertreter.....	94
(ii) Auswirkung der Geheimhaltung von Stimmbindungs- vereinbarungen.....	96
(iii) Zwischenergebnis .....	96
(3) Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung .....	96
(4) Abberufung von Geschäftsführern aus wichtigem Grund.....	97
(5) Zwischenergebnis .....	98
b) Auswirkung von Stimmbindungsabreden zugunsten des Aufsichtsrats auf dessen eigene Kontrolle .....	98
(1) Entlastung des Aufsichtsrates.....	98
(2) Geltendmachung von Ersatzansprüchen.....	99

(3) Prüfung und Überwachung des Aufsichtsrates .....	99
(4) Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern aus wichtigem Grund ..	100
(5) Zwischenergebnis .....	101
c) Auswirkung von Stimmbindungsvereinbarungen zugunsten des einen Verwaltungsorgans auf die Kontrolle des anderen Verwaltungsorgans .....	101
(1) Entlastung .....	101
(2) Geltendmachung von Ersatzansprüchen .....	103
(3) Prüfung und Überwachung .....	105
(4) Abberufung aus wichtigem Grund .....	106
(a) Abberufung von Geschäftsführern .....	106
(b) Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern .....	107
(5) Zwischenergebnis .....	107
6. Zusammenfassung und Gesamtabwägung .....	107
<b>5. Teil: Rechtslage beim Verein – § 136 Abs. 2 AktG analog?</b> .....	109
§ 1 Planwidrige Regelungslücke .....	109
§ 2 Vergleichbare Interessenlage .....	109
A. Sinn und Zweck des § 136 Abs. 2 AktG .....	109
B. Übertragbarkeit des Regelungszwecks des § 136 Abs. 2 AktG auf den Verein .....	110
I. Gleiche Schutzbedürftigkeit .....	110
1. Keine Satzungsstrenge .....	111
2. Kontrolle des Vorstandes durch die Mitglieder .....	111
3. Kontrollbedürftigkeit des Vereinsvorstandes .....	112
II. Gefahr der Störung des Kräfteverhältnisses .....	114
1. Rechtslage, wenn die Vorstandsmitglieder zugleich auch Vereinsmitglieder sind .....	114
2. Rechtslage bei Fremddorganschaft .....	115
a) Weisungsrecht .....	116
b) Entlastung .....	116
c) Geltendmachung von Ersatzansprüchen .....	117
d) Prüfung und Überwachung .....	118
e) Abberufung aus wichtigem Grund .....	119
f) Zwischenergebnis .....	120
§ 3 Ergebnis .....	120

<b>6. Teil: Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband und Verbandsorganen bei Fremdorganschaft – eine unzulässige Drittbindung?</b>	<b>121</b>
§ 1 Einführung in die Problemstellung	121
A. Ablehnende Haltung gegenüber Stimmbindungsvereinbarungen zugunsten von Nichtverbandsmitgliedern	121
B. Scheinbare Ausnahme: Stimmbindungsvereinbarungen im Rahmen von Treuhandverhältnissen	122
C. Keine Festlegung in Rechtsprechung und Literatur	123
D. Gang der Prüfung	125
E. Prüfungsmaßstab	125
§ 2 Trennung von Stimmrecht und Treuepflicht?	128
A. Rechtslage bei Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber Dritten	128
I. Relevanz nur bei Treuepflichtverstoß	128
II. Relevanz nur bei tatsächlicher Trennung von Stimmrecht und Treuepflicht	128
III. Relevanz nur bei Bindung an die Stimmbindungsvereinbarung	129
1. Anfänglich bestehender Treuepflichtverstoß	130
2. Nachträglich eintretender Treuepflichtverstoß	130
a) Herrschende Meinung: Komplementarität	130
b) Kritik an der herrschenden Meinung	131
c) Stellungnahme	132
(1) Vorrang des Gesellschaftsrechts	132
(2) Prozessökonomie	132
d) Zwischenergebnis	133
IV. Ergebnis	133
B. Rechtslage bei Stimmbindungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen	134
§ 3 Verstoß gegen die Satzungsautonomie?	134
A. Unterscheidung zwischen Alleinentscheidungsrechten und Zustimmungsvorbehalten	135
B. Ohne Weiteres zulässige Stimmbindungsabreden	135
I. Stimmbindungsvereinbarungen, die weniger als die qualifizierte Stimmenminderheit binden	135
1. Grundsatz: Ohne wenigstens qualifizierte Stimmenminderheit kein Verstoß gegen Satzungsautonomie	136
2. Einfluss durch Zusammenwirken mit anderen Verbandsmitgliedern?	136
3. Einfluss bei weiteren Stimmbindungsvereinbarungen	137



II. Inhaltlich bestimmte Stimmbindungsvereinbarungen.....	138
III. Ergebnis .....	139
C. Vorfrage: Zulässigkeit statutarischer Einflussgewährung	
in Satzungsfrage .....	140
I. Meinungsstand .....	140
1. AG und GmbH .....	140
2. Verein.....	141
II. Stellungnahme .....	142
1. Wortlaut der Kompetenznormen.....	142
a) AG und GmbH .....	142
b) Verein .....	143
2. Beschränkung durch den Grundsatz der Satzungsautonomie? .....	144
a) Einflussgewährung an Dritte in Satzungs- und Strukturfragen.....	144
b) Einflussgewährung an Verwaltungsorgane in Satzungs- und Strukturfragen .....	145
(1) Wesen.....	146
(2) Begriff .....	146
(3) Typus.....	148
(4) Institution.....	148
(5) Selbstschutzprinzip und Abschiebungseffekt .....	149
(6) Verbot der Selbstentmündigung.....	151
(7) Demokratiegebot.....	153
(8) Grundrechte .....	154
(9) § 317 Abs. 1 BGB.....	154
(10) § 137 BGB.....	155
(11) Haupt-, Gesellschafter- und Mitgliederversammlung als „notwendige“ und „oberste“ Organe.....	155
(a) Rechtslage beim Verein .....	156
(b) Rechtslage bei AG und GmbH.....	157
(c) Zwischenergebnis .....	162
3. Ergebnis .....	162
D. Übertragbarkeit der Argumentation auf Stimmbindungs- vereinbarungen gegenüber dem Verband oder seinen Organen.....	162
I. Rechtslage bei Zulässigkeit statutarischer Einflussgewährung an Verwaltungsorgane in Satzungs- und Strukturfragen .....	163
II. Rechtslage bei Unzulässigkeit statutarischer Einflussgewährung an Verwaltungsorgane in Satzungs- und Strukturfragen .....	165
1. Keine Übertragbarkeit der Argumentation wegen vollständiger Abstimmungsfreiheit bei Satzungsänderungen? .....	165
a) Argumente gegen die Übertragbarkeit .....	165

b) Kritik.....	166
c) Stellungnahme.....	166
2. Keine Übertragbarkeit der Argumentation, da die Stimmbindung nur ein „Minus“ zur Verbandsmitgliedschaft ist, die auch Organmitgliedern offen steht? .....	166
a) Argumente gegen die Übertragbarkeit.....	166
b) Stellungnahme.....	167
3. Keine Übertragbarkeit der Argumentation mangels Verlagerung verbandsrechtlicher Zuständigkeiten?.....	167
a) Argumente gegen die Übertragbarkeit.....	167
b) Kritik.....	168
c) Stellungnahme.....	168
(1) Zulässigkeit des Vergleiches mit dem Konzern.....	168
(2) Verbreiterung der Vergleichsgrundlage .....	170
(a) Zöllners Anforderungen .....	171
(i) Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung als zwingender Ort der Stimmabgabe .....	171
(ii) Stimmabgabe durch die Verbandsmitglieder.....	172
(b) Weitere Anforderungen.....	173
(i) Freiwillige und selbstbestimmte Entscheidung der Verbandsmitglieder über die Einflussgewährung.....	173
(ii) Schutzmechanismen zum Zwecke der Richtigkeitsgewähr .....	174
d) Ergebnis .....	176
E. Zusammenfassung.....	177
§ 4 Verstoß gegen sonstige zwingende Kompetenzzuweisungen? .....	178
§ 5 Verstoß gegen das Abspaltungsverbot? .....	179
A. Rechtslage bei inhaltlich bestimmten Stimmbindungsvereinbarungen.....	180
B. Rechtslage bei inhaltlich unbestimmten Stimmbindungsvereinbarungen.....	180
I. Meinungsüberblick zu Stimmbindungsvereinbarungen zugunsten Dritter .....	180
1. Materieller Ansatz .....	180
2. Formaler Ansatz .....	181
3. Vorläufige Einschätzung .....	181
II. Übertragbarkeit des materiellen Ansatzes auf Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen .....	183
C. Ergebnis.....	184
§ 6 Zusammenfassung.....	184

<b>7. Teil: Abreden über die Absicherung der Organstellung</b>	187
§ 1 Inhalt von Abreden über die Absicherung der Organstellung	187
A. Stimmbindungsvereinbarung	188
B. Verpflichtung zu faktischen Maßnahmen	188
§ 2 Gang der Prüfung	190
§ 3 Bestellungskompetenz der Verbandsmitglieder	190
A. Verpflichtung, das Organmitglied nur aus wichtigem Grund abzuberufen	190
I. Anwendungsbereich	190
II. Zulässigkeit	191
B. Verpflichtung, das Organmitglied wieder zu bestellen	193
I. Anwendungsbereich	193
II. Zulässigkeit	194
1. Unzulässige Drittbindung?	194
2. Verstoß gegen die Wahlfreiheit?	194
a) Wahlfreiheit bei der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern	195
b) Wahlfreiheit bei der Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern	196
c) Zwischenergebnis	196
3. Darf das zu bestellenden Organmitglied Einfluss nehmen?	197
4. Verstoß gegen Amtshöchstfristen?	197
a) Wortlaut	197
b) Systematik	198
c) Sinn und Zweck	198
(1) Statutarische Amtshöchstfristen	198
(2) Sinn und Zweck von § 102 Abs. 1 AktG	198
(a) Rechtslage, wenn die Wiederbestellungsabrede zu einer die Amtshöchstfrist unterschreitenden Gesamtamtszeit führt	199
(b) Rechtslage, wenn die Wiederbestellungsabrede zu einer die Amtshöchstfrist übersteigenden Gesamtamtszeit führt	200
d) Zwischenergebnis	202
5. Ergebnis	202
§ 4 Bestellungskompetenz des Aufsichtsrats	202
A. Anwendungsbereich und Vereinbarungsinhalt	203
B. Zulässigkeit	203
I. Entschließungsfreiheit der Aufsichtsratsmitglieder	203
1. Unmittelbare Einwirkung auf den Aufsichtsrat	204
a) Meinungsüberblick	204
b) Stellungnahme	205
(1) Wann liegt die Bestellung eines Organmitgliedes außerhalb des Verbandsinteresses?	206

(2) Wiederbestellung liegt außerhalb des Verbandsinteresses.....	206
(3) Wiederbestellung liegt im Verbandsinteresse.....	208
c) Ergebnis .....	210
2. Mittelbare Einwirkung auf den Aufsichtsrat .....	210
a) Grundsatz: Zulässigkeit der nur mittelbaren Einwirkung auf den Aufsichtsratsmitgliedes .....	210
b) Grenze der Zulässigkeit: Sittenwidrigkeit.....	211
c) Ergebnis .....	212
II. Verstoß gegen die Amtshöchstfrist des § 84 Abs. 1 AktG? .....	212
III. Ergebnis .....	213
<b>8. Teil: Zusammenfassung in Thesen .....</b>	<b>215</b>
§ 1 Zur grundsätzlichen Zulässigkeit von Stimmbindungsvereinbarungen ..	215
§ 2 Zur Auslegung von § 136 Abs. 2 AktG im Aktienrecht .....	215
A. Grad der Konkretisierung der Stimmbindung .....	215
B. Anwendbarkeit des § 136 Abs. 2 AktG, wenn das aus der Stimmbindungsvereinbarung berechnete Organmitglied zugleich Aktionär ist .....	216
§ 3 Zur analogen Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG im Recht der GmbH .....	216
A. Überblick.....	216
B. Zusammenfassung der Begründung .....	217
I. Allgemeines .....	217
II. Stimmbindungen gegenüber dem Vorstand bei der nicht mitbestimmte GmbH und gegenüber dem Aufsichtsrat bei der mitbestimmten GmbH.....	217
III. Stimmbindungen gegenüber der Geschäftsführung bei der mitbestimmten GmbH .....	217
§ 4 Zur analogen Anwendung von § 136 Abs. 2 AktG im Vereinsrecht .....	219
§ 5 Zur Frage, ob Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen bei Fremddorganschaft eine unzulässige Drittbindung darstellen .....	219
§ 6 Zu Abreden über die Absicherung der Organstellung .....	221
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>223</b>